

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Ines Mannagottera
Zimmer.: 239
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: ines.mannagottera@lkbra.de

Brake, den 03.06.2016

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		BauA/21/2016
Ausschuss für Bauen, Kreisentwicklung, Landwirtschaft und Umwelt		
am Montag, 09.05.16	Sitzungsdauer 16:30 bis 19:35 Uhr	Ort Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dieter Kohlmann
Volker Osterloh
Thomas Bartsch
Karin Baxmann
Heidi Brunßen
Hans-Otto Meyer-Ott
Christoph Muth
Dragos Pancescu
Helmut Siefken
Uwe Thöle
Kurt Winterboer

Ausschussvorsitzender
Stellv. Ausschussvorsitzender
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
In Vertretung des Abg. Scholtalbers
Ausschussmitglied

Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
In Vertretung des Abg. Peschke

Beratende Mitglieder (Grundmandat)

Birgitt von Thülen

Ausschussmitglied

Beratende Mitglieder

Dr. Wolfgang Meiners
Franz Otto Müller
Frank Lösekann

Vertr. BUND
Vertr. NABU
Vertr. Kreisbehindertenbeirat

von der Verwaltung

Hans Kemmeries
Matthias Wenholt
Hans-Dieter Griepenstroh
Monika Wessels
Martina Dunker
Jörg Klinner
Ines Mannagottera
Manfred Ostendorf

EKR
Leiter Dezernat 2
Leiter FD 68 - Umwelt
Leiterin FD 60 - Planen und Bauen
Stellv. Leiterin FD 68 - Umwelt
FD 60 - Bauen
Leiterin FD 91 - Büro des Landrates -
Protokollführerin
Kreislandvolkverband

Gäste

Manfred Wolf
Dr. Karsten Padeken
Jürgen Rahmel
Peter Südbeck

Fraktionsvorsitzender FDP-Fraktion
Kreislandvolkverband
Nationalparkverwaltung "Nds. Wattenmeer"
Nationalparkverwaltung "Nds. Wattenmeer"

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Jürgen Peschke
Johan Scholtalbers

Ausschussmitglied
Ausschussmitglied

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer - Entwicklungszone -
Vorlage: 2016/FD68/041
- 6 Rekommunalisierung Gebäudereinigung - Antrag der SPD / Bündnis 90 / Die Grünen -
Gruppe vom 12.04.2016
Vorlage: 2016/FD60/082
- 7 Gründung einer GmbH (Rekommunalisierung Gebäudereinigung) - Unabhängige
Wählergemeinschaft Wesermarsch: Antrag vom 13.04.2016
Vorlage: 2016/FD60/083
- 8 Sachstandsbericht zu aktuellen Baumaßnahmen
Vorlage: 2016/FD60/081

- 9 Anfragen zum Transport von Kernbrennstoffen durch das Gebiet der Stadt Nordenham;
Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE. vom 07.02.2016
Vorlage: 2016/ez. 2/002
- 10 Antrag der Kreistagsfraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" zur Planung und zum Bau der
Küstenautobahn A 20 vom 20.04.2016 "Forderungen und Stellungnahme des Kreistages
zur A 20"
Vorlage: 2016/FD60/084
- 11 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
----------	---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
----------	-------------------------------

Herr Wenholt geht auf den Antrag der SPD/Grünen-Kreistagsgruppe vom 11.04.2016 (s. Anlage) ein, in dem eine Anhörung zu zukünftigen Vergaben und umweltfreundlichen Beschaffung mit Einladung verschiedener Institutionen erfolgen soll. Hierfür solle eine Sondersitzung des Ausschusses für Bauen, Kreisentwicklung, Landwirtschaft und Umwelt möglichst im Mai stattfinden. Aufgrund der einzuladenden Teilnehmer wird es nicht möglich sein, eine solche Sitzung noch im Mai stattfinden zu lassen. Die Verwaltung wird versuchen, einen Vertreter der benannten Institutionen für eine mögliche Sondersitzung im August zu gewinnen.

Der Vorsitzende informiert, dass die Ausschussmitglieder die Strohauser Plate besuchen werden. Im Anschluss soll die öffentliche Sitzung des Ausschusses tagen. Die Verwaltung wird gebeten dieses möglichst für August entsprechend zu planen.

Protokollanmerkung:

Der Besuch der Strohauser Plate wird am 18.08.2016 stattfinden. Pünktlicher Beginn des Übersetzens mit dem Boot in Abhängigkeit von dem Hochwasser wird 13:30 Uhr sein. Für die Besichtigung ist ein Zeitfenster bis 15 Uhr geplant. Im Anschluss ist geplant in der Gaststätte „Am Absersiel“, Absersiel 1, 26935 Stadland OT Rodenkirchen, ab 15:30 Uhr den Ausschuss für Bauen und Umwelt abzuhalten.

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

3	Genehmigung des Protokolls
----------	----------------------------

Das Protokoll über die Sitzung vom 08.02.2016 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

4	Einwohnerfragestunde
----------	----------------------

- keine Wortmeldungen -

5	Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer - Entwicklungszone - Vorlage: 2016/FD68/041
----------	--

Herr Rahmel erläutert anhand einer Präsentation (s. Anlage) die Entwicklungszone Biosphärenreservat. Er verdeutlicht, dass es sich um eine Auszeichnung der UNESCO handelt und keine verpflichtenden Ziele mit dem Beitritt verbunden sind. Er betont ausdrücklich, dass es keiner weiteren Naturschutzaufgaben bedarf.

Im Rahmen der nachfolgenden Diskussion äußert sich Herr Dr. Padeken und verweist auf das Bundesnaturschutzgesetz, nach dem Biosphärenreservate als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden müssen und somit sehr wohl Einschränkungen aufgrund behördlicher Vorgaben zu erwarten sind.

Kritisch verweist auch Herr Osterloh auf das Bundesnaturschutzgesetz und tut seinen Unmut kund. In diesem Zusammenhang ergänzt Herr Südbeck die von Herrn Rahmler vorgetragenen Informationen insoweit, dass es sich bei dem Biosphärenreservat um keine Zone nach § 25 BNatSchG handelt und demzufolge auch kein behördliches Handeln eintreten kann. Auf die Fragestellungen verschiedener Abgeordneter betont er nochmals, dass es sich hier um eine Biosphärenreservat der UNESCO handelt und dieses nicht unter den bundesrechtlichen Begriff im Naturschutzgesetz zu subsumieren ist.

Dr. Meiners stellt fest, dass der Begriff unglücklich gewählt ist und zu vielen Spekulationen ermuntert. Insgesamt fehle es an Transparenz und dem „Wohlfühlgefühl“. Aus diesem Grund spricht er eine Einladung zur Ideensammlung am 2. Juni in Iffens aus.

Herr Wenholt erläutert, dass es selbstverständlich Schutzgebiete gibt, die unter Bundesnaturschutz fallen. Demnach sind Biosphäreengebiete per Gesetz festzulegen. Hier bedarf es also einer klaren Aussage, um welche Art von Schutzgebiet es sich handeln soll. Die Frage, die offen bleibt ist, welcher administrative Aufwand für ein solches Biosphärenreservat von Seiten des Landkreises betrieben werden muss.

Da das Thema in der Sitzung nicht abschließend besprochen werden kann, legt der Vorsitzende fest, die Thematik in einer nächsten Ausschusssitzungen noch einmal zu vertiefen.

Die Vorträge werden zur Kenntnis genommen.

6	Rekommunalisierung Gebäudereinigung - Antrag der SPD / Bündnis 90 / Die Grünen - Gruppe vom 12.04.2016 Vorlage: 2016/FD60/082
----------	---

Abg. Brunßen betont unter dem Motto: „Putzen muss sozial sauber sein“, dass die Situation der Reinigungskräfte insgesamt, insbesondere beim Landkreis Wesermarsch, verbessert werden muss. Neben der Einführung eines Qualitätsmanagements ist eine entsprechende Nutzerrichtlinie erforderlich. Sie verweist in verschiedensten Punkten auf das Gutachten von Herrn Kößling. Die Vorlage der Verwaltung erachtet sie als Verhinderungstaktik.

Herr Kemmeries verweist ebenfalls auf das Gutachten, demnach ist die zu reinigende Fläche pro Mitarbeiter_in ohne Beanstandung bewertet worden. Aus wirtschaftlichen Gründen sei eine Rekommunalisierung der kreiseigenen Reinigung nicht zu empfehlen, zumal keine zwingende Notwendigkeit für diesen Schritt bestehe. Eine grundsätzliche Eingruppierung aller Mitarbeiter_innen in die EG 2 ist nicht zulässig. Ein entsprechendes Antwortschreiben des MI liegt vor. Zusätzlich macht er auf den immer noch bestehenden Haushaltssicherungsbeschluss aufmerksam, der weiterhin zu beachten ist und dem die Rekommunalisierung entgegen sprechen würde.

Es folgte eine hitzige Diskussion. Abg. Osterloh fragt nach, wie die Rekommunalisierung (ca. 700.000 € für die ersten 4 Jahre) finanziert werden soll, zumal es sich um freiwillige Ausgaben handelt und ob zukünftig mit anderen Berufsgruppen wie Gärtner_innen oder Busfahrer_innen genauso verfahren werden soll.

Abg. Wolf unterbreitet den Vorschlag, nochmals einen Kostenvergleich durch einen externen Prüfer durchzuführen und ggf. die Rekommunalisierung im Rahmen eines Tests erst einmal in einem Ort durchzuführen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion konnte keine Einigkeit erzielt werden.

Dem Kreisausschuss wird mit Stimmenmehrheit (7 Stimmen dafür, 4 dagegen) empfohlen dem Verwaltungsvorschlag nicht zu folgen, der lautete:

Der Antrag wird abgelehnt.

7	Gründung einer GmbH (Rekommunalisierung Gebäudereinigung) - Unabhängige Wählergemeinschaft Wesermarsch: Antrag vom 13.04.2016 Vorlage: 2016/FD60/083
----------	---

Abg. Thülen erläutert, dass der Antrag durch die unter TOP 6 erfolgte Beschlussfassung hinfällig geworden sei.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Antrag wird abgelehnt.

8	Sachstandsbericht zu aktuellen Baumaßnahmen Vorlage: 2016/FD60/081
----------	---

Herr Wenholt erläutert anhand einer Präsentation (s. Anlage) den aktuellen Stand verschiedenster Baumaßnahmen. Er teilt mit, dass die Auftragsvergabe für die Vergabe von Metallbau- und Verglasungsarbeiten in der BBS Nordenham als Beschlussfassung dem Kreisausschuss direkt vorgelegt wird, da das Ausschreibungsverfahren erst dann abgeschlossen sei.

In Bezug auf freies WLAN und / oder Freifunk wird ebenfalls auf den Kreisausschuss verwiesen, in dem diese Thematik als TOP vorgesehen ist.

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

9	Anfragen zum Transport von Kernbrennstoffen durch das Gebiet der Stadt Nordenham; Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE. vom 07.02.2016 Vorlage: 2016/ez. 2/002
----------	---

Herr Wenholt beantwortet die von der LINKEN gestellten Fragen und verdeutlicht nochmals, dass dem Landkreis Wesermarsch von dem Transport nichts bekannt war.

Dr. Meiners macht auf die Gefährdung durch Neutronenstrahlung aufmerksam, die durch Beschaffung eines entsprechenden Geräts gemessen werden könnte.

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

10	Antrag der Kreistagsfraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" zur Planung und zum Bau der Küstenautobahn A 20 vom 20.04.2016 "Forderungen und Stellungnahme des Kreistages zur A 20" Vorlage: 2016/FD60/084
-----------	---

Der Abg. Pancescu erläutert den Antrag der GRÜNEN und macht auf Fehler im Bundesverkehrswegeplan 2030 aufmerksam. In diesem Zusammenhang weist er eindringlich auf die Internetseite (A20-nie.de) hin, auf der auf Seite 62 alle kritischen Punkte noch einmal nachzulesen seien. Die neuen Gründe, die gegen den Bau der A20 sprechen, sind so gewichtig, dass der Landkreis eine neue Stellungnahme einreichen müsste.

Herr Wenholt verweist auf den bestehenden politischen Beschluss des Kreistages, in dem der Landkreis sich sehr positiv gegenüber dem Bau äußert.

Die Stellungnahme des Landkreises zum Bundesverkehrswegeplan 2030 wird dem Protokoll beigefügt (s. Anlage).

Dem Kreisausschuss wird mehrheitlich (6 Stimmen dafür, 3 dagegen) vorgeschlagen:

Der Antrag wird abgelehnt.

11	Verschiedenes
-----------	---------------

Herr Wenholt teilt nochmals mit, dass die Verwaltung versuchen wird, die Begehung der Strohhauser Plate sowie die nächste Sitzung des Ausschusses an einem Tag zu terminieren.

Herr Wenholt führt aus, dass die Verwaltung entsprechend des Antrages der FDP-Kreistagsfraktion vom 11.02.2016 sowie der Ergänzung der UW vom 15.02.2016 die Minister Wenzel und Lies schriftlich eingeladen hätte. Hierbei wurde auch um eine Abstimmung zwischen den Büros der Minister gebeten, damit beide Minister einen Termin festlegen können und daraufhin die Sonderkreistagssitzung festgelegt wird. Beide Minister hätten zwischenzeitlich per Mail abgesagt (vgl. Anlage: Anschreiben der Verwaltung und Absagen der Minister). Somit sind die Anträge in der beabsichtigten Form nicht umsetzbar. Da Herr Wolf nicht mehr anwesend ist, wird sich darauf verständigt, dass die Unterlagen dem Protokoll beigefügt werden.

Herr Wenholt berichtet, dass das Nds. Umweltministerium kurzfristig Mittel für die Landkreise zur Verfügung stellt, in deren Gebiet ein Atomkraftwerk von Stilllegung und Rückbau betroffen ist. Diese Mittel seien für eine zusätzliche Bürgerinformation außerhalb der eigentlichen Verwaltungsverfahren vorgesehen. Der Landkreis Wesermarsch hat trotz der sehr kurzfristigen Antragsfrist bis Ende April einen Antrag mit einem ersten Konzept eine Bürgerbeteiligung mit Informationsveranstaltungen und Fachforen beim Ministerium eingereicht. Die Gesamtmittel des Fördertopfes liegen bei 80.000 €, wovon der Landkreis 50.000 € beantragt habe.

Der Abg. Meyer-Ott kritisiert, dass die Verwaltung des Landkreis Wesermarsch den Antrag ohne Beteiligung oder vorherige Rücksprache mit dem im Landkreis tätigen Arbeitskreis – Aktion Z - eingereicht hat. In diesem Zusammenhang verweist Herr Kemmeries darauf, dass es keine kommunalrechtliche Rechtsgrundlage für die Beteiligung Dritter und speziell eines bestimmten Arbeitskreises gibt.

Kohlmann
Ausschussvorsitz

Mannagottera
Protokollführung